

„Vonne Spree in` Pott“

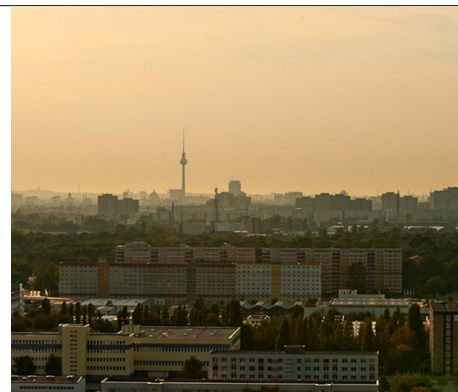


Information für den Wahlkreis 123

Oktober 2011

Liebe Leserinnen und Leser, im Oktober erhielt ich die einmalige Chance als Delegierter des Verkehrsausschusses nach Brasilien zu reisen. 12-spurige Autobahnen und trotzdem Stau—ein Land anderer Dimensionen. Die Hauptstadt Brasil und Marl verbindet ihre Entstehungsgeschichte eng. In Berlin wurden es arbeitsintensive Tage zum Euro, zur energetischen Sanierung, aber auch auf dem Weg zur Neuentwicklung zukünftiger Mobilitätskonzepte. Besonders gefreut habe ich mich über Besucher aus meinem Wahlkreis. Doch lest selbst.

**Glück auf und eine gute Zeit
Michael**



Persönliche Erklärung zum Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel

Unser gemeinsamer Antrag überträgt der Bundesregierung ein Rahmenmandat für die Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 26. Oktober 2011 über die Konkretisierung von Optimierungsmodellen zur European Financial Stability Facility (EFSF). Wir haben uns in diesem Antrag auf einen Rahmen verständigt, der es ermöglichen soll, einen möglichst effizienten Einsatz der Mittel der EFSF zur Stabilisierung der Eurozone sicherstellen. Ich stimme diesem Entschließungsantrag zu, weil ich die grundlegende Zielrichtung der Stabilisierung Europas unterstütze. Die Information und Einbindung des Bundestags durch die Bundesregierung ist allerdings nicht mit den Grundsätzen einer angemessenen Parlamentsbeteiligung vereinbar.

Unser Entschließungsantrag präjudiziert allerdings keine Festlegung auf die konkrete Ausgestaltung und technische Umsetzung eines oder mehrerer Modelle zur Erhöhung des finanziellen Handlungsspielraums des EFSF, über die wir in den Ausschussberatungen debattiert haben. Ein Modell sieht eine teilweise Besicherung neu emittierter Staatsanleihen vor („Versicherungsoption“); eine weitere Überlegung bezieht sich auf die Gründung einer oder mehrerer Zweckgesellschaften („Fondsoption“), über die eine Risikoteilung zwischen öffentlichen Mitteln der EFSF und privaten Investoren erreicht werden soll.

Eine Festlegung auf konkrete Organisationsprinzipien und Funktionsweise der beiden genannten und weiterer Instrumente der EFSF kann auch deshalb nicht erfolgen, weil Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in den Beratungen des Haushaltsausschusses leider nicht in der Lage war, die Details des „Fondsmodells“ in der erforderlichen Tiefe zu beschreiben und zu erläutern. Eine seriöse Vorbereitung der Entscheidung war angesichts der Komplexität der Sachfragen nicht möglich. Der Beratungsbedarf konnte auch aufgrund der sehr späten Bereitstellung von mehr als 500 Seiten an Text mit Erläuterungen zu den vorgesehenen Regelungen erst im Verlauf der Ausschussberatungen nicht abgedeckt werden.

Die Bundesregierung hat im Vorfeld der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel wesentliche Sachinformationen nur unvollständig und sehr kurzfristig vorgelegt und dabei das Risiko bewusster Fehlinterpretationen und medialer Verwirrung in Kauf genommen.

26.10.11, Michael Groß



**energetisch Sanieren, altersgerecht und sozial
— Praxisbeispiel in Berlin. Besichtigungsfahrt mit Vertretern des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung**





Besucherguppe der AWO Marl in Berlin

Michael Groß zum stellvertretenden Sprecher der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung der SPD-Bundestagsfraktion gewählt

In der Sitzung der Arbeitsgruppe Verkehr, Bau und Stadtentwicklung wurde der Marler Bundestagsabgeordnete Michael Groß einstimmig zum Stellvertreter gewählt. „Ich danke meinen Kollegen für die breite Zustimmung. Die mit der Wahl verbundene Verantwortung nehme ich gerne an. Die Aufgaben in den Themenschwerpunkten energetisches Sanieren, nachhaltige Stadtentwicklung, der Ausgestaltung des Bundesverkehrswegeplanes und der Entwicklung der nationalen und europäischen Verkehrsnetze werde ich weiterhin intensiv bearbeiten und begleiten,“ so Groß.



Gesprächsrunde mit dem brasilianischen Verkehrsminister

„Brasilien beeindruckt durch die enorme Weite und Größe des Landes. Ein Land mit enormem Wachstum und zunehmend mehr Menschen, die aus der Armut den Schritt in ein selbstbestimmtes Leben schaffen. 40 Millionen Menschen sollen inzwischen aus der Armut den Weg in die sogenannte untere Mittelschicht geschafft haben. bei Weitem nicht genug, aber ein Anfang für ein Land dieser Superlative. Energie- und Lebensmittelexporteur auf der einen Seite, 34 m² Wohnfläche für 12-köpfige Familien im sozialen Wohnungsbau auf der anderen Seite. 20-spurige Autobahn mit Stau versus unberührte Amazonas-Gebiete und Urbevölkerung. Ein sich entwickelndes, prosperierendes Land mit vielen Brennpunkten. Eine lehrreiche und spannende Erfahrung und sicher einmaliges Erlebnis, welches ich im parlamentarischen Austausch machen durfte und viele europäische Probleme relativiert, ohne sie herabzustufen. Was mich besonders gefreut hat, die Stadt Marl ist rein Entstehungsgeschichtlich eng verbunden mit Brasil, der brasilianischen Hauptstadt,“ so Michael Groß.

SPD stellt Mensch und Umwelt bei "Fracking" in den Mittelpunkt

Zur Sitzung der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion zur "unkonventionellen Erdgasförderung" fordert Michael Groß erneut klare gesetzliche Rahmenbedingungen. Bei aller Notwendigkeit einer sicheren Energieversorgung kann es nicht sein, dass die Menschen beim Fracking keine Mitspracherechte haben, die betroffenen Städte nicht mal über die Bohrmaßnahmen informiert werden. Kern unseres Antrages ist zum einen eine verpflichtende umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Fracking-Maßnahmen und eine ebenso umfassende Transparenz- und Beteiligungsregelung im Bergrecht" so Michael Groß. Hierfür ist ein mehrjähriges Moratorium notwendig. Noch im November wird der Deutsche Bundestag eine umfassende Anhörung durchführen.

Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

„Zum Thema „Flächentarife ausbauen – Entgeltgleichheit durchsetzen“ kamen Rolf Steiner und Gerd Ribbeheger, Mitglieder des Betriebsrates bei Evonik, zum Austausch nach Berlin. Im Gespräch mit Michael Groß ging es insbesondere um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kreis Recklinghausen. „Die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern liegt derzeit bei 23 Prozent. Sachlich zu begründen ist dies nicht. Die SPD tritt für eine gesetzliche Regelung für die Absicherung von Entgeltgleichheit für Frauen und Männer ein. Es gilt: Gleiche Arbeit für gleiches Geld,“ erklärt Michael Groß. „Aber auch die von uns geforderten Flächentarife sind ein wichtiger Baustein für faire und gute Arbeit. Die derzeitige Debatte der schwarz-gelben Regierung zum Mindestlohn ist viel zu niedrig angesetzt und schon längst überfällig. Laut Presseberichten braucht ein Arbeitnehmer 9,30 Euro, um nach 45 Jahren Erwerbsleben in der Rente über der Grundversicherung zu liegen,“ Groß abschließend.



Rolf Steiner, Michael Groß, Gerd Ribbeheger

Aufgabe des Kreiswehrrersatzamtes

Betroffen hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Groß die Nachricht über die geplante Schließung des Kreiswehrrersatzamtes in Recklinghausen aufgenommen. Mehrfach hatte sich Groß mit anderen SPD-Abgeordneten für den Erhalt der Behörde eingesetzt. Nach den Plänen der Bundesregierung werden künftig alle Kreiswehrrersatzämter in ganz Deutschland aufgegeben. Stattdessen übernimmt das Zentrum für Nachwuchsgewinnung West in Düsseldorf, als eines von 16 Standorten bundesweit und einziges in NRW, die Personalrekrutierung. Eine Außenstelle mit nur noch sechs Beschäftigten soll in Recklinghausen verbleiben und künftig über den „Arbeitgeber Bundeswehr“ informieren. „Die Standortentscheidung ist für uns nicht nachvollziehbar“, so die erste Reaktion von Michael Groß, „denn aufgrund der optimalen Lage, der guten Gebäudesubstanz des Amtes und der erfolgreich arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte es Sinn gemacht, das Kreiswehrrersatzamt Recklinghausen in ein Karrierecenter zu überführen, um die Personalrekrutierung für das Ballungszentrum Ruhrgebiet von hier aus zu starten.“ Kein Verständnis haben die SPD-MdBs auch dafür, dass die rund 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so lange von der Bundesregierung im Unklaren gelassen wurden. „Wir erwarten jetzt vom Bund, dass die Umsetzung der Beschäftigten auf andere Dienststellen möglichst wohnortnah erfolgt. Besondere persönliche Härtefälle müssen berücksichtigt werden. Da die Aufgabe des Amtes einen weiteren Verlust für die strukturschwache Emscher-Lippe-Region bedeutet, fordern die SPD-Bundestagsabgeordneten außerdem, dass der Bund bei der Frage der künftigen Gebäudenutzung in Kooperation mit der Stadt Recklinghausen über Nachfolgenutzungen eine gemeinsame Lösung sucht.“

Biostation - Ernst Saland Europa vereint an der Biostation Oer-Erkenschwick

Neben der „Allee der Bäume des Jahres“, an der Groß im kommenden Jahr eine Lärche pflanzen wird, soll mit dem neuen Projekt eine europäische Baumallee entstehen. Ernst Saland als Sprecher der Projektgruppe erläuterte die Pläne: „Je ein landestypischer Baum aller 27 Mitgliedsstaaten der EU soll mit Hilfe der Staaten gepflanzt werden. Daher unsere Bitte an die Abgeordneten!“ Bei der Suche nach möglichen Standorten, begleitete der Calluna-Projektleiter der RAG Montan-Immobilien, Volker Duddek, die Gruppe der Politiker. Auch der Landrat signalisierte Unterstützung und schickte seinen Büroleiter Dominik Schad. Alle Beteiligten zeigten sich von der Idee einer europäischen Baumallee begeistert. So will Jutta Haug, MdEP, in Brüssel intensiv dafür werben: „Eine kreative Idee, die ein gemeinsames Europa darstellen kann!“ Michael Groß, MdB, kommentierte sein Engagement: „Für mich müssen Industrie und Umweltschutz Hand in Hand gehen. Die Renaturierung der Halden ist bestes Beispiel dafür, was möglich ist. Das Ruhrgebiet als wichtiger Industriestandort und ehemaliger Zechenstandort bietet auch Naherholung. Das ist auch ein Stück Strukturwandel, der von allen politischen Ebenen ideelle, finanzielle und organisatorische Unterstützung bedarf!“



Bürgerwillen umsetzen: Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen

„Die heute öffentlich behandelte Petition für ein Anbauverbot gentechnisch veränderter Pflanzen hat unsere volle Unterstützung. Bereits Anfang Juli hat die SPD-Bundestagsfraktion mit dem Antrag „Vorrang für Verbraucherinteressen im Gentechnikrecht verankern“ ebenfalls einen Anbaustopp gefordert. Bei der Ausschussberatung im Fachausschuss in der letzten Woche haben CDU/CSU und FDP unseren Antrag abgelehnt. Und auch heute, bei der Verhandlung der Petition zeigte die Regierungskoalition wenig Offenheit für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger, obwohl die Petition von über 100 000 Menschen gezeichnet wurde.“

Ich sehe durch die Petition unseren gentechnikkritischen Kurs bestätigt: Die Bürgerinnen und Bürger wollen keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf dem Acker und im Essen. Die Agro-Gentechnik darf ihnen nicht aufgezwungen oder untergeschoben werden. Schließlich zeigt die steigende Anzahl der Verunreinigungen in Lebensmitteln, Futtermitteln und Saatgut, dass die Agrogentechnik nicht kontrollierbar und Koexistenz ein Märchen ist.

Mit unserem Antrag „Vorrang für Verbraucherinteressen im Gentechnikrecht verankern“ setzen wir uns deshalb für ein nationales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen sowie für ein Zulassungsmoratorium auf EU-Ebene ein. Ich fordere die Bundesregierung auf, die Petition ernst zu nehmen: Der mit der großen Resonanz erneut demonstrierten Ablehnung der Agrogentechnik durch die Bürgerinnen und Bürger muss endlich Rechnung getragen werden,“ so SPD-Bundestagsabgeordneter Michael Groß, Mitglied des Petitionsausschusses.